

Die Linke Sachsen

2. Tagung des 17. Landesparteitages

13. April 2024

D. Dringlichkeitsanträge

D.2. **Alles zusammen gegen den Faschismus! Alle zusammen gegen den AfD-Bundesparteitag in Essen!**

Beschluss der 2. Tagung des 17. Landesparteitages vom 13. April 2024 in Bautzen

Der Landesparteitag der Linken Sachsen beschließt:

Die Linke Sachsen unterstützt die Proteste gegen den AfD-Bundesparteitag in Essen am 28.-30. Juni 2024 (<https://essq.de/index.php/afd-bundesparteitag-in-essen/>). Der Landesverband ruft dazu seine Mitglieder auf, sich an den Protesten zu beteiligen und bewirbt die Proteste auf Social Media und anderen möglichen Medien. Außerdem werden im Rahmen von Wahlkampfaktionen Mobilisierungsmaterialien verteilt, wie z.B. die Aktionszeitung von Aufstehen gegen Rassismus zur Europawahl (https://shop.aufstehen-gegen-rassismus.de/products?sort_by=newest-first). Der Landesverband stellt finanzielle Mittel zur Unterstützung von gemeinsamen Anreisen und Mitfahrangeboten nach Essen zur Verfügung.

Begründung:

Bereits 2022 hat der Nazi Höcke, der Thüringer Landesvorsitzende der AfD, den AfD-Bundesparteitag in Riesa dominiert und dort die Weichen gestellt für eine weitere Radikalisierung und Faschisierung der AfD. An Höcke vorbei oder gegen ihn kann in der Partei keine Politik mehr gemacht werden. Der diesjährige Bundesparteitag in Essen wird für Höcke und seine Anhänger von zentraler Bedeutung sein: einerseits für die Wahl einer neuen Bundesspitze von Höckes Gnaden, andererseits für die Schaffung einer nationalsozialistischen Partei mit Massencharakter. Die im Kern faschistische AfD stellt eine konkrete Gefahr für unsere Demokratie dar. Die Massenproteste der letzten Wochen geben Grund zur Hoffnung, dass die AfD zurückgedrängt werden kann. Dafür braucht es weiteren und direkten Protest gegen die AfD, um sie zu demoralisieren und die gefestigten Nazikader von ihrem weichen Umfeld zu isolieren. Der Protest gegen diesen Parteitag muss groß und laut sein! Der Kampf gegen den Faschismus darf nicht nur eine Wahlkampfparole sein, sondern ist überlebensnotwendig und deshalb sollten Sozialist*innen mit an der Spitze der Bewegung gegen die AfD stehen.

Entscheidung des Landesparteitages:

mehrheitlich beschlossen